

Korrespondent.

Abgabepreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Der Korrespondent wird vierteljährlich am 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember abgegeben. Der Preis beträgt 1 Mk. 35 Pf. pro Vierteljahr. Der Korrespondent wird vierteljährlich am 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember abgegeben. Der Preis beträgt 1 Mk. 35 Pf. pro Vierteljahr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
5seitig. Illustr. Unterhaltungsblatt m. neuem. Romanen u. Novellen.
4seit. Landwirtschaftl. u. Handelabel. mit neuesten Markterwartungen.

Anzeigenpreis: Die 10. Zeile, 100 Wörter oder deren Raum für 10 Tage 30 Pf. in der ersten Zeile 50 Pf. Bei längerer Dauer 25 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 1000 Wörtern oder deren Raum 25 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 10000 Wörtern oder deren Raum 20 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 100000 Wörtern oder deren Raum 15 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 1000000 Wörtern oder deren Raum 10 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 10000000 Wörtern oder deren Raum 5 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 100000000 Wörtern oder deren Raum 3 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 1000000000 Wörtern oder deren Raum 2 Pf. pro 100 Wörter. Bei Anzeigen von 10000000000 Wörtern oder deren Raum 1 Pf. pro 100 Wörter.

Nr. 15.

Mittwoch den 19. Januar 1910.

36. Jahrg.

Der neue französische Zolltarif

erregt in den Kreisen der deutschen Industriellen immer mehr Entrüstung, jenseit von seinen Einzelheiten bekannt wird. Es zeigt sich, daß nahezu sämtliche für den Export nach Frankreich in Betracht kommenden Erzeugnisse mit wesentlich höheren Eingangssätzen belegt werden sollen. Die französische Zollkommission ist in den meisten Fällen so weit gegangen, daß die jetzt aufgestellten Sätze den meisten deutschen Fabrikanten künstlich den französischen Markt verschließen würden. Der von Paris ausgehende Versuch, die Schärfe des neuen Zolltarifs als nur gegen die Vereinigten Staaten gerichtet zu erklären, widerlegt sich, wie der „Frankf. Kur.“ schreibt, dadurch, daß unter den von der Zollkommission vorgenommenen und von der Kammer genehmigten Erhöhungen eine ganze Reihe von Positionen figurieren, welche sich weder gegen Amerika noch gegen andere Staaten richten können, sondern einzig und allein gegen Deutschland, wo, wie beispielsweise für Spielwaren, der ausschlaggebende Teil dieser Industrie sich befindet.

Das genannte Nürnberger Blatt weist darauf hin, daß es der deutschen Regierung keineswegs an Mitteln fehle, auf eine solche Herausforderung in geeigneter Weise zu antworten. Es werde gelegentlich nicht schwer sein, den neuen französischen Kampfsätzen mit entsprechenden Erhöhungen der Einfuhr auf französische Produkte zu begegnen. Wir haben bereits vor einigen Tagen auseinandergesetzt, mit welchen Mitteln man in Deutschland auf die exorbitante Erhöhung des französischen Zolltarifs antworten könnte. Noch aber möchten wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Zollkonflikt vor seinem Ausbruch gütlich widerlegt werden kann. Daß andernfalls die Situation sehr ernst werden kann, ergibt sich auch aus den nachstehenden Ausführungen der unbedingt handels- und verkehrsfreundlichen „Weserzeitg.“. Man schreibt diesem Blatt aus Berlin:

Unverkümblicherweise wird der Protest, der aus der Mitte der deutschen Spielwarenindustrie gegen die übermäßig hohen Sätze des französischen autonomen Zolltarifs eingeleitet worden ist, neuer in den Departementkreisen Frankreichs, noch am Quai d'Orsay so aufgefaßt, wie die Situation es verlangt. Es wäre bedauerlich, wenn man drüben in Frankreich auf diesem Standpunkt stehen bliebe, der zu den schärfsten Kontroversen mit den deutschen interessierten Kreisen führen muß und schließlich auch die Regierung zu Gegenmaßnahmen zwingen würde. Die Unbilligkeit, mit der die französische Zollpolitik hier einen Teil der deutschen Industrie mit unmaßiger Feindschaft belegt, ohne dazu durch etwa geführte Zertreuer der eigenen Industrie herausgefordert zu sein, steht in einem trassen Widerspruch zu der entgegenkommenen Haltung, die die deutsche Regierung in sehr wichtigen Exportartikeln Frankreich gegenüber bewiesen hat. Es sollte drüben nicht vergessen werden, daß Deutschland in jedem Augenblick die Zollsätze für Weine und Hülsen so hinstellen kann, daß die französische Ausfuhr sehr empfindlich dadurch getroffen würde. Außerdem steht es der deutschen Regierung eben Augenblick frei, den Zoll auf Champagne derart anzuheben, daß die französischen Interessenten dadurch auf das Schwerste geschädigt würden. Es wäre wirklich bedauerlich, wenn die französische Regierung es zu einem derartigen Schritt kommen ließe. Die Forderungen, die die deutsche Spielwarenindustrie stellt, lassen sich mit den französischen Interessen durchaus vereinbaren. Die Zollsituation, mit denen man die deutsche Spielwarenindustrie heute an der französischen Grenze bedenkt, sind ein ebenso unmütiges wie gefährliches Experiment, da sie die Gefahren einer Repressalienpolitik direkt herausfordern. Angesichts der Tatsache aber, daß der deutsche Regierung Gegenmaßnahmen durch Einfuhr-Erhöhungen der Zölle auf Weine, Hülsen, Champagne usw. in jedem Augenblick gegeben sind, sollte man französischerseits vorher einlenken, ehe die mehr und mehr bringender werdenden Forderungen der deutschen Interessenten nach einer Abwechslung die entgegenkommende Haltung der deutschen Regierung unmöglich machen.

Der Wirtschaftliche Ausschuss ist, wie die „Neue politische Korrespondenz“ hört, zum Montag, den 24. Januar d. J., zur Erörterung der handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie der französischen Zollserhöbungen nach dem Reichsamt des Innern einberufen worden.

Das Material über die im neuen französischen Zolltarif vorgezeichneten Zollserhöhungen (besonders auf Spielwaren, Metallwaren usw.), das dem Hansa-Bunde aus den Kreisen seiner Mitglieder und der ihm angeschlossenen Verbände zugegangen ist, ist in einer Denkschrift den amtlichen Stellen übergeben worden.

Zum Fall Haß

bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ in ihrer Abendnummer vom Sonnabend endlich genauere amtliche Aufklärungen. Das Material und die von dem offiziellen Blatt dazu gemachten Bemerkungen füllen nicht weniger als 2 1/2 Spalten des Blattes. Die „Freis. Ztg.“ bemerkt gegenüber dem Vorwurf der „Nordb. Allg. Ztg.“, daß die Kampagne im Falle Haß zum Schaden des auswärtigen Dienstes und zum Nachteil des deutschen Ansehens im Auslande unternommen und trotz der früheren Erklärungen des Blattes „leichtfertig“ fortgesetzt worden sei, — daß von Leichtfertigkeit absolut keine Rede sein kann. Das Auswärtige Amt hätte besser daran getan, gleich von vornherein, als in der Presse die ersten Mitteilungen über den Fall Haß auftauchten, mit seinem Material herauszutreten. Dann wäre es wohl nicht zu der von dem offiziellen Blatt beflaggten Kampagne gegen das Auswärtige Amt gekommen.

Wie wir den Mitteilungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ entnehmen, hat bei den Veröffentlichungen der „Tägl. Rundschau“ im Falle Haß der Schriftsteller Adolf Stein seine Hand im Spiele. Mit aller Bestimmtheit wird zunächst festgestellt, daß die eingehendste und sorgfältigste Untersuchung, die sich auf die Amtsführung aller von Haß beschuldigten Beamten des diplomatischen Dienstes erstreckt hat, nicht den geringsten Schatten auf diesen Beamten läßt. Insbesondere haben sich die deutschen diplomatischen Vertreter in Caracas ebenso wie alle anderen beteiligten Beamten mit außerordentlichem Eifer und mit den zahlreichsten Beschwerden und Eingaben des Herrn Haß befaßt. Sie haben ihm bei seinen ewigen Beschwerden, wo diplomatisches Eingreifen möglich war, unterstützt, haben ihn immer wieder zu einer befriedigenden Behandlung seiner Angelegenheiten zu bringen gesucht und sind der schwierigen Aufgabe, mit diesem vielleicht schon damals geistig nicht mehr ganz gefunden Manne zu verhandeln, gewissenhaft gerecht geworden. In einem Fall, wo Haß während einer ausländischen Bewegung taufend Volubiles abgepredigt worden waren, erlangte Haß Entschädigung und Genugtuung durch ein Zusammenwirken der deutschen diplomatischen und Marinebehörden, wie atemlos in der „Nordb. Allg. Ztg.“ nachgewiesen wird.

Als dann Haß nach Deutschland kam, richtete er eine 75 eng geschriebene Seiten starke Eingabe an das Auswärtige Amt, die einen höchst verworrenen Charakter trug. Herrn Haß nachsehende Personen scheinen dies auch erkannt zu haben. Jedenfalls wurde von einer solchen Seite bald danach an das Auswärtige Amt die Bitte gerichtet, die Sache zunächst — bis zur Anfertigung einer klaren Darstellung — ruhen zu lassen. Am 28. Januar 1907 hat dann Haß selber persönlich im Auswärtigen Amt, mit der Unterstützung seiner Beschwerde so lange zu warten, bis er einen objektiven Bericht über die Sachlage erstattet habe. Daran arbeitete er einige Monate.

Am 12. Juli 1907, nach mehr als halbjähriger Arbeit, hat Herr Haß dann seine Eingabe mit dem Gesuchen um Vorladung ins Auswärtige Amt gefandt. Die von ihm eingereichten Schriftstücke wurden der größeren Handlichkeit wegen zu einem Bande zusammengebunden. Von ihrem Umfang mag es einen Begriff geben, daß dieser Band etwa eine Handbreit dick ist. Die Eingaben sind durchweg in enger Maschinenschrift auf dünnem Papier geschrieben. Daran ist am 29. desselben Monats der Hamburger Senat erlucht worden, Herrn Haß zu eröffnen, daß es bis auf weiteres einer mündlichen Erklärung seiner

Eingabe im Auswärtigen Amt nicht bedürfe. Herr Haß war aber unterdessen nach Berlin verzogen, um dem Auswärtigen Amt näher zu sein. Er sprach hier am 3. August vor und wurde von einem Herrn des Amtes in demselben Sinne mündlich beschieden. Danach ist die zweite Version der „Tägl. Rundschau“ zu beurteilen, wonach die Bitte des Herrn Haß 1907 um persönliche Vorladung ein Jahr lang nicht beantwortet wurde.

Nebenher sei noch die Beobachtung richtig gestellt, daß die Ministerreferentur 1906 ein für Haß günstiges Gutachten zurückgehalten habe. Dies sogen. Gutachten erstiftete 1906 überhaupt noch nicht; es stammt vom 26. März 1908, ist Ende März an die Ministerreferentur gelangt und enthält nur Notizen und Daten ohne gutachtlichen Wert. Das richtige Datum und der Inhalt des sogen. Gutachtens ist der „Tägl. Rundschau“, wie sich aus einer späteren Nummer ergibt, bekannt geworden, ohne daß sie es für nötig gehalten hat, ihre frühere Verächtlichkeit auch nur mit einem Wort richtig zu stellen.

Im Auswärtigen Amt wurde sofort in die Prüfung jener Eingabe eingetreten. Die erste, sehr eingehende Durchscheidung der Eingabe wurde am 30. September 1907 abgeschlossen. Ohne auf die Einzelheiten noch weiter einzugehen, sei nur bemerkt, daß Haß 200 Beschwerdepunkte, sorgfältig nummeriert, vortrachte, und so ziemlich gegen alle Beamte Venezuelas, vom Präsidenten bis zum Gerichtsschreiber, Einsprüche forderte.

Auch beanpruchte er eine Sühneleistung der Venezolanischen Regierung, statt deren er auch 100 000 Bolivares als Genugtuung annehmen wollte. Ebenso verlangte er Schadenersatz dafür, daß er infolge der Beschäftigung mit der Befolgung seiner Rechtspflichten seine Hacienda nicht bewirtschaften konnte. Diesen Schaden beziffert er auf jährlich 120 000 Mark. Nur ein paar greifbare Details waren in diesem Wust zu entdecken. Außerdem brachte Haß Beschwerden über unsere Diplomaten vor. Noch vor Ende des Jahres ging ein eingehend begründeter Erlaß nach Caracas mit der Bitte um ähnliche Äußerung. Am gleichen Tage, 24. Dezember, wurde Haß benachrichtigt, daß es weiterer Aufklärungen vorerst nicht bedürfe, dagegen ist die Notwendigkeit ergeben habe, zunächst eine Äußerung aus Caracas einzuordern. Es waren dort umfangreiche Ermittlungen anzustellen, die erhebliche Zeit beanspruchten. Ein vorläufiger Bericht kam hier am 18. Juli 1908 an, wovon Haß nach wenigen Tagen benachrichtigt wurde. Am 13. August folgte ein weiterer Bericht mit sehr eingehenden juristischen Darlegungen.

Nummehr begann am 28. Juli Herr Adolf Stein sich in die Sache zu mischen. Im einzelnen wird weiter mitgeteilt, wie Haß stets prompte schriftliche Antwort auf seine Eingaben vom Auswärtigen Amt erhielt. Er legte aber seine Vermählungen fort, eine persönliche Bemerkung durchzusetzen, von der man sich, so schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“, wenn überhaupt, so jedenfalls nicht in dem damaligen Stadium der Angelegenheit irgendwelche Förderung versprechen konnte. Auch Herr Adolf Stein wirkte im Sinne einer persönlichen Vermählung von Haß. Im Laufe der Sommermonate 1909 kam dann das Material über die noch zu prüfenden Beschwerden gegen die Beamten der Ministerreferentur soweit zusammen, daß endlich die protokolllarische Vermählung des Herrn Haß vorbereitet werden konnte. Am 26. August ging an Herrn Haß eine entsprechende Mitteilung ab. Da, am 28. August, also wohlgerne nach Abwendung dieses Briefes, erhielt das Auswärtige Amt von einem an das Polizeipräsidium gefandten Schriftstück vom 21. Juli Kenntnis, daß die schwersten Verleumdungen des Amtes enthielt und zur Aufklärung der Frage nötige, ob Haß strafverfolgbar oder unzurechnungsfähig sei. Der Vorwurf der „Tägl. Rundschau“, daß das Auswärtige Amt noch 5 Wochen nach Kenntnis dieses Schreibens von der Verhandlungsfähigkeit des Herrn

Daß überzeugt war und erst nachher, als die Sache immer unangenehmer wurde, sein Versprechen gebrochen habe, ist jonnach ganz haltlos. Die Eingabe enthält gegen das Amt größte Beschuldigungen der Rechtsbeugung, pflichtwidrigen Verhaltens, Justizmordes, bewußt strafwürdigen Handlungen usw. Die Schmähungen spielen in den Worten: „Entweder Sie oder ich gehören nach Noabit.“

Es ist darauf ein ärztliches Gutachten eingefordert worden. Das Gutachten fam zum Ergebnis: Typischer Luerzialentmann und gemein gefährlich. Dieses Gutachten schloß zunächst naturgemäß für das Auswärtige Amt jedes weitere Verfahren mit Herrn Hof an. Das Auswärtige Amt konnte nichts anderes mehr tun, als von dem Gutachten den zuständigen innersen Behörden Kenntnis geben und ihnen das weitere anheimstellen. Von dem Verlaufe des weiteren Verfahrens wird es abhängen, ob das Auswärtige Amt über die Gelegenheit Hof ferner mit diesem selber oder einer Vorname zu verhandeln haben wird.

Aus allem ergibt sich, so resumiert sich das offizielle Blatt, daß der gegen das Auswärtige Amt geführte Vorwurf der gewaltsamen Mundtötung eines unbekanntem Mannes ganz und gar grundlos ist. Der Fall Hof ist von allen beteiligten Beamten mit einer außerordentlichen Eile und Voracht behandelt worden. Daß er sich so lange hingezogen hat, fällt nicht der Ehre der Last, sondern liegt an der großen Materie und ihrer Behandlung durch Herrn Hof.

Heber den deutsch-afrikanischen Eisenbahnbau

Im Jahre 1909 bringt das „Deutsche Kolonialblatt“ eine Uebersicht. Diesel entnehmen wir, daß die Länge der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen im Jahre 1909 von 1888 auf 2867 Kilometer gewachsen ist. Der größte Teil davon fällt auf Südwestafrika, wo zum Schlusse des Jahres 1599 Kilometer im Betriebe waren. Im Bau befinden sich Ende des vorigen Jahres 1346 Kilometer, davon ungefähr die Hälfte, 711 Kilometer, in Ostafrika.

Vollendet wurden im Jahre 1909 die Strecken Seehelm-Kalkfontein in Südwestafrika und Mombasa-Buto (Mambababa) in Ostafrika. Von den noch im Bau befindlichen Linien sind 108 Kilometer der Kameruner Nordbahn (Mamengwabahn), 92 Kilometer der Tage-Unterlandbahn (Mampabahn) und 81 Kilometer der ostafrikanischen Zentralbahn im Laufe des Jahres eröffnet worden. Die einzige neue Baustrecke ist die auf 173 Kilometer veranschlagte wichtigste Buto-Mosi in Ostafrika, von der die Deutsche Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft zunächst auf eigene Gefahr und Rechnung in Angriff genommen hat. Für Südwestafrika ist dem Reichstage von der Bahn der Bahn Windhut-Keetmanshoop, 528 Kilometer, vorgeschlagen, aber von ihm noch nicht genehmigt.

Wie das „Deutsche Kolonialblatt“ auf Grund einer telegraphischen Meldung weiter mitteilt, hat die Gesellschaft der Ostafrikanischen Zentralbahn Kilometer 188 hinter Morogoro erreicht. Ferner wird berichtet, daß Ende Oktober d. J. die erste Zeitstrecke vom 2. Punkte (Kilometer 34) der nach Nakapame führenden Unterlandbahn in Togo für den öffentlichen Personen- und Güterverkehr in Benutzung genommen worden ist.

Politische Uebersicht.

Osterröid- Ungarn. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der Kaiser hat die ihm am Montag von Grafen Khuen v. Hecserovary unterbreitete Ministerliste genehmigt. Im Laufe des heutigen Vormittags werden die Sandverträge ausgefertigt, durch welche Graf Khuen zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt und die Mitglieder des neuen Kabinetts bestellt werden. Das neue Kabinet wird sich noch in dieser Woche im Abgeordnetenparlament vorstellen. Graf Khuen wird versuchen, vor demselben sein Programm zu entwickeln. Der Ministerpräsident ist auf Zustimmung gefaßt, hofft aber, sich trotz dem Gehör verschlagen zu können. Sollten wider Erwarten die Zustimmung zu feig werden, so wird er sich im Abgeordnetenparlament nicht Gehör zu schaffen vermögen, dann wird er sein Programm im Magnatenparlament darlegen. Den Kernpunkt des Kabinetts Khuen bildet die Wahlreform. Graf Khuen setzt auf dem Standpunkt des allgemeinen Wahlrechts ohne Einschränkung durch einen Zusatz oder durch ein Vorkaufsrecht. Neben der Wahlreform wird das Regierungsprogramm auch Reformen, betreffend die Verwaltung, Reformen auf dem Gebiete der Justiz und die von dem Kabinetts Werke nicht vollendeten Angelegenheiten, wie insbesondere die Regelung der böhmischen Verfassung, enthalten. — Um die Wusmanöberung zu erschweren, hat die kroatische Landesregierung eine Verordnung erlassen, nach der jedes Auswanderer der kroatischen Bahn für Handel, Gewerbe und Industrie in Agrar mit vier Kronen gegen Lohn, Unfall und Gesundheitsversicherung ist. Da die Dampfschiffgesellschaften es nicht zu übernehmen vermögen, den Auswanderern für eine Versicherung oder Kronen abzunehmen, die jede gute Versicherungsanstalt für Höchst Gelder bezogen und die bisherigen Vorrichtungen nicht erfüllen, so weisen der kroatische Reich die Hamburg-Amerika Linie, die Deutsche Reichs-Linie, die Holland-Amerika Linie, die Compagnie Generale Transatlantique und die United States Line ihre Klaramer Negationsanten an, bis zur Klärung der Angelegenheit durch weitere Verhandlungen keine Passagiere aufzunehmen. Der Varnis dringt jetzt mit Konzeptionsentwurfung.

Frankreich. Gegen Einführung der Proporzverteilung in Frankreich will sich der Ausschuss der republikanischen und der sozialistischen Partei ausgesprochen. — Gegen Entwurf des letzten der Pariser Staatsanwaltschaft wegen eines Artikels, der den Werd an dem Politischen Drey verurteilt, die gerichtliche Untersuchung ein. — Nach einer Meldung aus Debitat in Nordafrika ist dort am vergangenen Freitag ein flüchtiger

türkischer Kavallerieoffizier eingetroffen, der auslagte, er sei von türkischen Soldaten gefangen worden und habe sich für entsetzt. In Wahrheit soll er die Türken kommandiert haben, die am 6. d. M. auf tunesische Truppen schossen, und nun deziert sein, um sich der Verantwortung zu entziehen. Zwei türkische Kavalleristen, die bei der Befolgung des Offiziers die Grenze überschritten hatten, sind als Geiseln in die Haft, aber ebenso wie der Offizier wieder freigelassen worden.

England. Der Prozess Herzogenstein ist, wie der „Kön. Ztg.“ aus Petersburg mitgeteilt wird, durch einen allerhöchsten Gnadenakt endgültig abgeschlossen worden. Polownew und Zupstinski Krastowski sind begnadigt und bereits auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem sie von der ihnen von den finnischen Gerichten erteilten Strafe nur wenig Wochen abgesehen haben. Der Verband des russischen Volkes kam mit diesem Verlauf zufrieden sein: der Festgriff, den die Regierung in seinen Augen durch die Auslieferung der genannten beiden Mitglieder des Verbandes an die finnischen Gerichte begangen hat, ist nun wieder gut gemacht worden, und zwar in einer Weise, die von den Finnländern gerade nicht angenehm empfunden werden kann. Der Vorfall des Verbandes, Dr. Dubromin, welcher der moralischen Anstiftung der Ermordung Herzogensteins beschuldigt wurde, ist in gleicher Weise begnadigt worden. Es ist bezeichnend, daß sowohl Zupstinski-Krastowski wie Polownew nicht einmal gegen das Urteil des Kriegsgerichts bei den höheren Instanzen Berufung eingelegt, sondern sich durch ihren Verzicht auf Rechtsmittel die Angelegenheit des Kronenrats des Monarchen anvertraut haben. Es sollte hierdurch hervorzuheben werden, daß die „waghalsigen Russen“ auf seine Gerechtigkeit in den finnlandischen Gerichten hoffen, sondern ihren einzigen Hort im Jaren erblicken. Der hat denn auch nicht gezögert, die Würde zu begnadigen.

England. Entgegen andern Meldungen ist für dieses Jahr zunächst auf den 1. April für März festgesetzt. In den ersten Tagen des Monats wird der Kaiser die Reise des Monarchen ins Ausland geplant, namentlich seine Mittelmeerfahrt.

Schweden. Der Reichstag wurde am Montag vom König in Stockholm mit einer Ironie eröffnet. In dieser werden die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten so gut bezeichnet, wie die Verhältnisse, daß der alte Reichstag nicht mehr existiert. Es ist endlich durch ein Schiedsgericht geregelt worden ist. Weiter erwähnt die Ironie den vorjährigen ersten Arbeiterausstand, der die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen zur Verhütung von Arbeitsunfällen veranlaßt habe. Ein Gesetzentwurf betreffend die Revision des Zolltarifs solle demnächst vorgelegt werden. Ungeduldig der großen Sparnisse für 1911 — die Gesamtsumme der Ausgaben ist geringer als diejenige für 1910 — würden neue Steuern notwendig sein, unter anderen Erhöhung des Eingangszoll auf Kaffee, Erbschaftsteuer, sowie Einkommen- und Vermögenssteuer. Das Budget für 1911 balancierte mit 229411000 Kronen, darunter für die Verkehrswege 13131000. Die außerordentlichen Anforderungen für 1910 und 1911 sind in den Reichstagsberichten für 1910 mit Rücksicht auf die Finanzlage bedeutend verringert worden; bei der Marine belaufe sich die Herabminderung auf 2½ Millionen Kronen. Für den Fonds der Arbeiterversicherung seien 1400000 Kronen zurückgestellt.

Spanien. Am den Offiziersentgehnungen vom 12. Januar nach, wie jetzt amtlich festgesetzt wird, nur die Offiziere aus zwei Klassen herabgesetzt. Die Offiziere in drei Klassen. — In Barcelona bewegte sich am Sonntag vormittag ein Demonstrationzug von etwa 30000 Personen durch die Stadt nach dem Palast des Gouvernements. Hier wurde eine Adresse überreicht, in der um Amnestie für die wegen der Vorgänge im Juli vorigen Jahres in Haft genommenen Personen gebeten wird. Die Demung wurde nirgends gestört.

Russland. Von französisch-türkischen Streit besprechen die türkischen Blätter größtenteils in einem freundschaftlich freundlichen Tone die tunesische Frage und gehen die Notwendigkeit der Grenzbestimmung zu, die auch ohne Anerkennung des Vertrages von Barbo möglich sei. Nur „Isham“ verlangt ausschließlich Verhandlungen mit dem Bel von Tunis. — Dem neuen Großherzogin Krafti bei in die der Sultans den Reichstags-Ordnung mit dem Reichstag. Die Reichstags-Ordnung sollen sich, wie die „Correspondenz de Espana“ über Cadix aus Tanger erzählt, darauf vorbereiten, den Kampf gegen die Spanier neu aufzunehmen. Entwürfe der Stämme sollen in Tanger ganz öffentlich Munitionsentwürfe vornehmen. Offiziell wird freilich aus Benon de la Conzra gemeldet: Eine Wochenschrift der letzten fünf Stämme, die sich noch nicht unterworfen haben, ist hier eingetroffen, wo sie Unterwerfung anzuheben mit der Versicherung, daß sie nunmehr treu zu Spanien halten wollten. Der Handel nach dem Innern des Landes ist damit wieder frei.

Deutschiand.

Berlin, 18. Jan. Der Kaiser nahm Montag vormittag im königlichen Schloß zu Berlin den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts entgegen. — Der Kaiser beabsichtigt, bei der heutigen Feier des Schwarzen Adlerordens die feierliche Inbetriebnahme von neuen Rittern des Ordens vorzunehmen, und zwar werden die neuen Ritter in drei Einführungen zu je drei investiert werden. Es sind der Prinz von Rumänien, Prinz Friedrich Sigismund von Preußen, Prinz Georg von Bayern, der Herzog von Sachsen-Altenburg, der Erbprinz, Heinrich XXVII Reuß j. L., Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Gen. d. Kav. von Einem, Gen. d. Inf. von Moltke, Gen. d. Inf. von Bllow. — Prinz Eitel Friedrich von Preußen wird am Montag, den 31. Januar, vormittags 11 Uhr, im Schloß Bellevue als Herrenmeister ein Kapitel des Johanniterordens abhalten. — Prinz und Prinzessin von Rumänien sind gestern in Berlin eingetroffen. Der Kronprinz und die Kronprinzessin holten die Herrschaften ab und geleiteten sie nach dem königlichen Schloß, wo sie Wohnung nahmen. Später traf der Erbprinz Reuß j. L. hier ein und nahm ebenfalls im königlichen Schloß Wohnung. Mittags fand bei Ihren Majestäten eine Tafel statt, bei der der Kaiserin zwischen dem

Prinzen von Rumänien und dem Herzog von Sachsen-Altenburg sah, der Kaiser gegenüber zwischen der Prinzessin von Rumänien und der Prinzessin Karl von Hohenzollern. An dem Festmahl nahmen ferner teil Prinzessin Viktoria Luise, Prinz Heinrich, Prinz Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Erbprinz Reuß j. L., Prinz Karl von Hohenzollern, Erbprinz Hohenzollern-Langenburg, sowie u. a. Staatssekretär Fejr. v. Schöen mit Gemahlin.

— Der Kronprinz auf der Brüsseler Weltausstellung. Entgegen der kürzlich verbreiteten Meldung, Kaiser Wilhelm werde zur Eröffnung der Weltausstellung nach Brüssel kommen und bei dieser Gelegenheit eine Begegnung mit dem Präsidium Fallières haben, versichert jetzt die „Brüsseler Gazette“, daß nicht der Deutsche Kaiser, sondern der deutsche Kronprinz Brüssel besuchen und die deutsche Abteilung der Weltausstellung eröffnen werde.

— (Über das Befinden des Kronregenten von Bayern) waren in Berlin ungünstige Gerüchte verbreitet. Demgegenüber läßt die bayerische Gesandtschaft durch das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ mitteilen, daß diese Gerüchte unbegründet sind und der Kronregent sich besten Wohlfühns erfreut.

— (Ministerpräsident von Bismarck) Hollweg) geht nach einer Korrespondenz der Internationalen über die Rattowitzer Beamtensatzungen persönlich zu beantworten.

— (Major Fejr. v. Rheinbaben.) Nach der „Tagl. Rundsch.“ ist dem Finanzminister Fejrherrn v. Rheinbaben, der schon beim Jubiläum des 1. brandenburgischen Infanterieregiments Nr. 3 dessen Uniform erhielt, der Charakter als Major verliehen worden, mit dessen Abzeichen er auf den Königsfesten erschien.

— (Das preussische Staatsministerium) hielt am Montag eine Sitzung ab.

— (In dem Befinden des Präsidenten des Reichstags.) Grafen zu Stolberg-Wernigerode, ist eine erfreuliche Besserung eingetreten. Innerhalb ist der Präsident genötigt, sich Schonung aufzuerlegen und noch für einige Zeit das Bett zu hüten. Von allen Seiten gehen Nachrichten ein; auch der Reichstagskanzler erkundigte sich nach dem Befinden des Grafen.

— (Die beim Ordensfest ausgezeichneten Parlamentarier.) Von Abgeordneten des Reichstags und Landtags erhielten den Roten Adlerorden dritter Klasse: Beuchelt (sonj.), Labrozke (Votingen), Fejr. v. Richtigosen (sonj.), den Roten Adlerorden vierter Klasse: Dr. Bäwintell (natl.), v. Blölow Pomburg (natl.), Burlage (Ztr.), Dr. Heßcher (r. Vpt.), v. Hennings (sonj.), Raden (Ztr.), Oeder Herr zu Büdich (sonj.), Scherre (Vpft.), Wilde (natl.), den Kronorden dritter Klasse: Dr. Blantenborn (natl.), v. Dewitz (natl.), Ghylling (natl. Vpt.), Dr. Baachne (natl. Vpt.), v. Naast (sonj.), Kimpau (natl.), von der Welle (Kapt.). — Ferner erhielt den Roten Adlerorden vierter Klasse der Stellvertreter des Direktors beim Reichstage Rechnungsrat Wall.

— (Der Kampf mit dem Bund der Landwirte) will die nationalliberale Partei in Hannover jetzt endlich mit aller Energie aufnehmen. Der „Hann. Cour.“ veröffentlicht einen Aufruf unter der Überschrift „Auf zur Tat!“, in dem er erklärt, daß für die Nationalliberalen gegenüber den Bündlern jetzt die Parole „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ gelte. Wörtlich heißt es in dem Aufruf: „Diese Parole wird durch die Selbstachtung der Nationalliberalen Hannovers aufgewandern. Es ist die Größe, aber im Kampf auch manchmal die Schwäche unserer Partei, daß sie die politische Toleranz im weitesten Sinne ausübt. Dem Bund der Landwirte gegenüber ist das sicher schon zu lange geübt, besonders in seiner von Hahn befehligten Ausprägung. Wenn man anfangs glaubte, daß die rein wirtschaftlichen berechtigten Interessen des Bundes mit der nationalen Politik in Einklang zu bringen sein würden, so hat die rein konservative Agitation des Bundes dies längst unmöglich gemacht. In Hannover attete die Bundesagitation zum befristigen, geradezu verblendeten Kampfe gegen den hier in der Provinz historisch bedeutsamen Nationalliberalismus aus. . . Zentrum, Antikantiken und Wesen genießen nicht um ihrer selbst willen, sondern aus der eingetragenen Gegengleichheit Diederich Johns gegen die nationalliberale Partei, der er seine Parlamentarierlaufbahn überhaupt verdankt, unbesiegen die fortgesetzte Unterstützung durch die Bündler. Das ist für eine Provinz, die noch immer den Kampf gegen die Wesen zu führen hat, in der Tat allezeit; und doch bringen es die Bündler fertig. Wie dieser Schachlage ist es ganz selbstverständlich, daß der Kampf von den hannoverschen Nationalliberalen schau und entschieden auf der ganzen Linie geführt werden muß.“ Erst recht spät und auf Grund von schmerzlichen Erfahrungen kommt der hannoversche Nationalliberalismus zur rechten Erkenntnis der Dinge. Man muß abwarten, ob er wenigstens nunmehr überall der von dem „Hann. Cour.“ ausgehenden Parole folgen wird.

— (Die Verlegung des zweiten Ge-
schwaders) von Kiel nach Wilhelmshaven
erfolgt, wie Abg. Hermann auf Anfrage im Reichs-
marineamt erfahren hat, am 1. April d. J.

— (Zur Diamantenfrage.) Die Lübe-
bürger mit ihrem Bürgermeister Kreplin an
der Spitze haben einen Einspruch gegen die
Denkschrift des Kolonialamts über die
Diamantenfrage und gegen die Fortdauer der
Konzession der Deutschen Diamantengesellschaft an
mehrere Berliner Stellen, darunter auch an den
Reichstag telegraphiert. In dem langen Tele-
gramm werden schwere Vorwürfe gegen die Deutsche
Diamantengesellschaft gerichtet. Es heißt von ihr:
„Sie betreibt Raubbau, läßt wenig waschen und
läßt nur lüsen. Die Lasten des Raubbauens wird
aus den schwachen Produktionszahlen deutlich er-
sichtlich.“ Weiter wird gesagt: „Acht Tage nach der
Verhängung der Sperre hätte eine kaiserliche Ver-
ordnung im Sperregebiet inkraft treten können, die
den Staatssekretär ermächtigt hätte, eine Sperre zu-
gunsten des Fiskus anzusprechen. Statt dessen ver-
gab der Staatssekretär das Sperregebiet als Ge-
schäft an die Entwicklung des Landes seit
ihrer Gründung schädlichste Bankgesellschaft und
machte sogar einen Versuch, die Konzession für eine

bauerten zu machen. . . . Alle bisher besamten
Diamantenfundstellen, auch die von der Diamanten-
gesellschaft bearbeiteten, sind von hiesigen Einwohnern
entdeckt. Aufschlußarbeiten zur Förderung noch vor-
handener enormer Werte hat die Gesellschaft nicht
geleistet.“ Am Schluß wird der nächste Zweck des Tele-
gramms dahin ausgesprochen: „Unter allen Umständen
muß verhindert werden, daß die Konzession
der Deutschen Diamantengesellschaft ver-
längert wird. Die Unterlegung wird die ab-
solute Notwendigkeit dieser Maßnahmen klarlegen.
Eine direkte Anfrage an die Schutzgebietsbehörde wird
vorstehende Angaben bezweigen.“ In amtlichen
Kolonialkreisen war am Montag abend wegen der
vorgelegten Stunde eine Äußerung auf diese Vor-
würfe nicht zu erhalten. Es scheint sich um alte
Interessengegenstände zu handeln, denen in der Budget-
kommission nicht die gebührende Bedeutung beigegeben
worden ist.

— (Kaiserliche Marine.) S. M. S. „Ortha“
ist am 15. Januar in Davao eingetroffen und geht
am 28. Januar von dort nach den Vermaas Inseln
in See. S. M. S. „Scharnhorst“ und „Leipzig“
sind am 6. Januar in Bangal eingetroffen. S. M. S.
„Aria“ ist am 16. Januar in Futschau eingetroffen
und geht am 20. Januar von dort wieder in See.
S. M. S. „Drache“ ist am 15. Januar von Kiel durch

den Kanal nach der Nordsee gegangen. Die 3. und
9. Halbflotte sind am 14. Januar in Kiel eingetroffen.

Parlamentarisch es.

— Der Präsident des Abgeordnetenhauses
v. Krüger, wird sich mit seiner Gemahlin Ende des
Monats zur Bormahme einer Kur nach dem Süden, und
zwar zunächst nach Worlitz, begeben, um die Folgen
einer Fiebererkrankung, die er sich im Oktober d. J. zugezogen
hat, zu beseitigen.

— Die Freisinnigen haben im Abgeordnetenhaus
nach einer Reihe weiterer Anträge eingebracht. Sie be-
ziehen sich auf die Sicherung derjenigen Eisenbahn- und
Bergarbeiter, die Mitglieder der Arbeitsaus-
schüsse sind, gegen eventuelle Kündigung, ferner auf
Ausgestaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises
und auf Abänderung der Kreis- und Provinz-
ordnung auch in der Provinz Posen.

— Zur zweiten Beratung des Etats des
Ministeriums des Innern haben die Sozial-
demokraten bereits jetzt eine Reihe von Anträgen
eingebracht. Darin wird unter anderem die Abschaffung
der politischen Geheimpolizei verlangt und die Staats-
regierung ersucht, ungesäumt dafür Sorge zu tragen, daß
dem Treiben von Beamten oder Agenten der politischen
Polizei auf fremden Staaten in Preußen ein Ende ge-
macht wird.

— Das Reichsbudget über die marokkanische
Linienfrage ist dem Reichstage zugegangen. Es besteht
aus einer 17 Seiten langen Denkschrift und einer Sammlung
von 178 Altentwürfen.

Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keine Verantwortung.
Familiennachrichten.
Am Montag früh 7 Uhr verschied der
Rentner

Karl Berghammer
im 79. Lebensjahre. Diefes zeigen tiefe-
schmerz an
die trauernden Hinterbliebenen.
Burgunden, den 18. Januar 1910.
Die Beerdigung findet am Donnerstag
den 20. Januar nachmittags 8 Uhr statt.

Dank
Für die vielen Beweise herzinnigster
Teilnahme bei dem Hinscheiden meines
lieben kleinen

Kurtchen
sagen wir allen unsren herzlichsten Dank.
Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Kurt Föckel und Frau
Luise geb. Rindmann.

Dank.
Zurückgetreten vom Grabe meines lieben
unvergesslichen Mannes und meines guten
Baters sagen wir allen Verwandten,
Freunden und Bekannten unseren auf
richtigsten Dank für die herzliche Teilnahme
und die reichen Kranzspenden. Insbesondere
herzlichen Dank den Herren Kommerzienrat
und Stadtrat Berger nebst Familienrat
des Herrn Max und Carl Berger.

Feuer-Sozialitätsbeiträge
für das zweite Halbjahr 1909.
Ich habe die von den Mitglieder der
Land-Feuer-Sozialität des Herzogtums Sachsen
für das zweite Halbjahr 1909 zu leistenden
Beiträge auf drei Viertel des Bei-
tragsverhältnisses freigelegt. Die Lieferung der
Beiträge wird von den Herren Kreis-
direktoren das Erforderliche veranlaßt
werden.

Eine Übersicht über den Stand der
Sozialität wird nach dem Endabschlusse der
Rechnung für das Jahr 1909 veröffentlicht
werden.
Merseburg, den 6. Januar 1910.
Der Generalsekretär
der Land-Feuer-Sozialität des Herzogtums
Sachsen, Windler.

Eine Wohnung, Stube, Kammer und
Küche, zu vermieten und 1. April zu be-
ziehen
Waldstraße 8.
Hallesche Strasse 78,
1. Etage, Wohnung für 265 Mk. mit
1. April zu beziehen. Näheres
Weinauer Straße 5.

Freundliche Wohnung
(Stube und Kammer) an eine einzelne Dame
zum 1. April zu vermieten
Unterartenstraße 20

Grosses Mansardenzimmer
sodort oder 1. April an eine ne Person zu
vermieten
Ober Breite Straße 21

Stube, Kammer, Küche, zur einseitigen
Dame, am liebsten Rennart oder Oel-
grube, zum 1. April zu beziehen gesucht
Näheres zu erfragen bei **Carl Raub**
Markt 19.

Wohnung, Preis 160-180 Mk., zum
1. April zu mieten gesucht
Näheres Gutfahrtstraße 39 Sof. recht

Möblierte Wohnung
sodort zu vermieten
Wälschstraße 3

Freundliche Schlafstelle mit Pension
in vermieten
Ober Breite Straße 18.

Heizbare Schlafstelle,
Preis 2 Mark pro Woche zu vermieten
zu erfragen in der Erped. d. Bl.

Ja dem vom Kreise erworbenen Haus-
grundstück **N. Ritterstr. 17** ist der Boden
einfach 4 angrenzenden Wohnräumen, soent-
lich mit der Wohnung in der 1. Etage, zu
vermieten und 1. Juli 1910 zu beziehen.
Merseburg, den 7. Januar 1910.
Der königliche Landrat.
Graf v. Hausdoville.

Mittleres Wohnhaus
zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis mit
Wohnhaus an die Erped. d. Bl.

Ein kleiner Produktionsgesch. verb. mit
Hausst. groß. Unternehm. halber 3. In-
venturp. sol. zu verkaufen. Gr. Laden, ger.
Wohnung, Niederl. Stallung u. reichl. Zu-
behör. Miete jährl. nur 400 Mk., mehr
kontr. 3. Aben. erfordert 800-1000 Mk.
Weib. o. Selbst. unter **G. 1111** 1000
postlagernd Merseburg a. S. erbeten.

Für ein gutgehendes hiesiges Geschäft
werden **Markt 3000** oder auch mehr zu
Beginn Juni mit 2/3 Prozent sofort oder
später gesucht. Offerten unter **X** besördert
die Erped. d. Bl.

Weizenspreu.
Ein größerer Posten bester Weizenspreu
zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisan-
gabe an
Stadtbrauerei **Carl Berger.**

Ausgekamtes Damenhaar
sodort
Berth. G. 1111, D. 1111.

Eine elegante Herrenmaste
ist preiswert zu verkaufen
Gutfahrtstraße 24.

4 elegante Damenmasken
zu verkaufen
Dammstr. 11, 2. Et.

2 grosse Läuferschweine
zu verkaufen
Venenien Nr. 1.

Ein Paar Läuferschweine
zu verkaufen
Leinhardtstr. 83.

Ein Paar Läuferschweine
sodort
Borswert 9.

Läuferschweine
und
Särlen
sodort
verkauft

Otto Krebs, Ober-Seuna.
Badewanne, fast neu, billig
zu verkaufen
Unter Hlenburg 4.

Einen Posten große Kisten
sodort
verkauft
Soiffartstraße 10.

Eine gut erhaltene Bettstelle (Doppelbett)
mit Matratze
ist zu verkaufen
Bursafstraße 20.

Eine große Dezimalwaage,
Tragkraft 750 Kilo, ist zu verkaufen. Zu
erfragen in der Erped. d. Bl.

Sof. bill. z. verk. gebr. Herrenrad
(Vrell), gr. Zinfaden, gr. 3-reih. Nördens
u. Starre Desgl. 1 w. gebr. 7er Schlag-
Strichmisch m. all. Zubeh. u. Getriebe, 80
cm breit, vorstellbar für Jungen und Fische
Sod. 22. art.

Kochherd,
fast neu, billig zu verkaufen
Oelgrube Nr. 7.

Damenhemden
mit Bang. u. handgef. Basse Stoff 1,75 Mk.
B. Wendland, Burschstraße 10 I.

**Buttermilch-
Seife**
Für zarte, empfindliche
aufgesprungene Haut!
a Stück 25 Pf.
In Merseburg zu habe.
bei:
**Carl Elmer Ww.,
Seruh. Frisch Nachf.,
Ch. Junke,
J. S. Sauerbrey Hts.,
Willy. Schumann,
Anton. Wehr,
Hermann Wenel,
Heinz. Riese,
Gustav. Guk.**
Nachahmungen weise man
aus!

**Piano-Sessel,
Piano-Lampen,
Taktmesser,
Notenständer**
in reicher Auswahl

Ritter
Hof-Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.

Bauhandwerker.
Vorkehrungsmäßige Formulare für Lohn-
bücher hält vorräthig.
**Th. Rosner, Buchdruckerei,
Merseburg, Oelgrube 9.**

Wahre Wunderkinder
erzielt man mit
Carl Kochs Nährwieback,
denn derselbe ist sehr wohl-
schmeckend, besitzt höch-
sten Nährwert, befördert
die Körperzunahme, stärkt
dort die Kinderkrank-
heiten als Rachitis, Skrophulose
etc., da er die Bestandteile einer
guten Kuhmilch mit den der Mutter-
milch eigenen Nährsalzen und Phos-
phaten vermischt. Zu haben in Tüten
und Paketen a 10, 20, 30 u. 60 Pf.
in den durch Plakate kennt-
lichen Verkaufsstellen.

HANSA
Puddingpulver
ist das Beste!
Nährmittel-Fabrik „Hansa“
Hamburg.
Für 50 „Hansa“ Tafeln erhalten
Sie eine Dose ff. Kaffee gratis.
Nebezahl erhältlich.

Empfehle
**Gänseleberwurst,
Leberpastete sowie feinen
Aufschnitt
und Kassler Rippespeer.**
K. Kellermann, Fleischereimeister.

Schiffe grüne Springe
empfehlen
W. Krämmer.

Gasthof goldner Hahn.
Von heute ab
ff. Vorkbier.

Kretschmers Restauration.
Donnerstag
Schlachtfest.

Allein-Niederlage
unfere gel. geschl. bill. Hundetagen,
Schädelfutter, Fleischgraben etc. ist für
den hiesig. Platz an einen solenten
Wiederverkäufer zu vergeben. — Hoher und
leichter Verdienst. Off. an **Kudolf Hoffe,
Damburg, um H D 5841** erd.

**Einen zuverlässigen ledigen
Pferdeknecht**
sodort
Wi Jan Nr. 3.

**Jungo Frau
oder älteres Mädchen**
für Vogerarbeit gesucht.
C. Göring.

Zum 1. Februar für einige Vormittags-
stunden
saubere Aufwartung
sodort
Friedrichstraße 22 I.

Portemonnaie mit Inhalt gefunden.
Hauheben in der Erped. d. Bl.
in weisen Zustand, welche am
Sonntag mit dem Zuge um 1/2
10 spalte nach Merseburg fuhr, wird ge-
weten, ein Lebenszeichen an
H. Schmidt, Halle a. S., Krakenbergstr. 8, I, r.
zu senden.

Meine Frau war ihr Leben lang über
50 Jahre mit einer häßlichen

Flechte

behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie
auf dem Leibe. Nachdem sie **Suders**
Patent-Medizinal-Seife angewendet hat,
fühlte sie sich wie neugeboren. In drei
Wochen waren die Flechten beseitigt.
Suders Patent-Medizinal-Seife ist lau-
tende wert. G. W. in U. a. Sta.
50 Pf. (15% ig), und 1.50 Mt. (35% ig,
härtere Form). — Dazugehörige **Suders**
Crems 75 Pf. und 2 Mt., feiner **Suders**
Seife (mild) 50 Pf. und 1.50 Mt. Bei
Wils, Riechli und Rich, Rupper

Schuhwaren

empfehlte in großer Auswahl billigst
Otto Riedel, Burgstraße 11,
Reparaturen schnell und gut.



Lichtbad Helios

Merseburg,
Weihenfelserstr. 9. Tel. 820
Elektr. Lichtbäder.
Erfolgr. Kurverfahren bei
Rheumatism., Skoliose,
Gicht, Anämie, Asthma,
Lufttrübheit, Nerven-,
Gaut-, Hagen-, Magenleib.
Täglich auch für Damen
offen. Sonntags 8-1.

Ortsstranekasse des Maurergewerks zu Merseburg. Berichtigung.

In der Bekanntmachung vom 12., 14.
und 17. November 1909 im „Helleschen
Volksblatt“ und dem „Merseburger Cor-
respondent“ soll es nicht heißen: den Mit-
gliedern wird gebädztliche (sondern nicht-
technische Hilfe) vom Zahntechniker (nicht
Zahnarzt) Wübner gewährt.

Über gebädztliche Hilfe gemährt haben
wird, hat dies vorher beim Vorsitzenden
oder Kassierer zu melden.
Der Vorstand.

Sterbepfände „Eintracht“.

Sonntag den 23. Januar 1910, nach-
mittags 4 1/2 Uhr,

**ordentliche
General-Versammlung**
im „Hühner Hof“, Tagesordnung:
1. Rechnungslegung.
2. Vorstandswahl.
3. Berichtigendes.
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Der Vorstand.

Preussischer Beamten - Verein.

zum Gedenktage Sr. Majestät des Kaisers
und Königs
Dienstag den 25. Januar d. J.,
abends 7 1/2 Uhr
im Saale des „Tivoli“.
Der Vorstand.

**Buchdrucker-Verein
Gutenberg**
[Alter Verein].
Sonntag den 23. Januar 1910,
nachmittags und abends
Tänzerchen
im „Neuen Schützenhaus“
verbunden mit
Preisquadräteln.
Dies unsern werten Gästen
zur Nachricht.
Der Vorstand.

Emser Pastillen

aus den Königl. Betrieben zu Ems.

Schachtel  85 Pf.

Altbewährt bei Husten, Heiserkeit etc.



Donnerstag d. 20. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „TIVOLI“

Vortrag über Augenleiden.

Ref.: Herr Blindenlehrer Rich. Hauptvogel, Leipzig.
Eintritt für Nichtmitglieder 30 Pf.
Der Vorstand.

Technischer Verein Merseburg.

Am 20. d. Mts. findet in „Rüstles Hotel“ ein Vortrag
statt über das Thema:
„Handwerk, Industrie und Submission“.
Gäste sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Allgemeiner Turnverein.

Sonntag den 13. Februar 1910
Maskenball
(Ein Rosenmontag in Köln)
in den Räumen des Neuen Schützen-
hauses (Bürgergarten).
Vorverkaufsstellen: Einlasskarten à 1 Mark bei den Mit-
gliedern Otto Hirschfeld, Alte Post, Breite Strasse. A. Blöbel,
Annonenstrasse 15. J. Quellmalz, Neues Schützenhaus. Alfred
Klinge, Bahnhofstrasse 10. Ed. Menzel, Kl. Ritterstrasse 16. Max
Menzel, Rossmarkt 15, sowie bei dem Vereinsboten Karl Grune,
Ober-Altenburg 10.
Der Vorstand.

Vorverkaufsstellen: Einlasskarten à 1 Mark bei den Mit-
gliedern Otto Hirschfeld, Alte Post, Breite Strasse. A. Blöbel,
Annonenstrasse 15. J. Quellmalz, Neues Schützenhaus. Alfred
Klinge, Bahnhofstrasse 10. Ed. Menzel, Kl. Ritterstrasse 16. Max
Menzel, Rossmarkt 15, sowie bei dem Vereinsboten Karl Grune,
Ober-Altenburg 10.
Der Vorstand.

Müllers Hotel Merseburg.

Ronntag den 24. Januar 1910
Letztes Gastspiel der Münchener Künstlervereinigung
„Simplicissimas“.
Karten-Vorverkauf bei Feaquert a 1 Mark. Abendkasse 1,50 Mark.

Reichskrone.

Mittwoch abend als Gast Wilhelm Voigt, genannt:
Hauptmann von Köpenick.
Entree frei.

Liebig
Preis 5 Pfg.

Reichskrone.

Jeden Abend von 7-12 Uhr:
Die erstklassige
**Tiroler Gänger- und
Tänzer-Truppe.**
Dir.: A. Bauer.
5 Damen 3 Herren.
Vorachtend M. Klotzsch.

Dieters Restauration.

Seiner
Schlachtfest.

Goldne Angel.

Mittwoch
Schlachtfest.

Gasthof drei Schwäne.

Mittwoch Schlachtfest.

Hoffischeri.

Mittwoch Schlachtfest.
Donnerstag
hausgeschlagene Würst.
C. Tauch.

Morgen Donnerstag
fr. hausgeschlagene Würst.
Friederike Vogel, Rossmarkt 17

Bäckerlehrling

stellt Oftern ein
Ernst Schurig, Bäckermester,
Braubausstraße 8.

Zu Oftern suche für meine Drogerie
einen Lehrling
mit guten Schulkenntnissen aus besserer
Familie. Kost und Logis außer dem
Lohn.
W. H. Kieslich Jng. Kurt Angel,
Widder-Drogerie,
Mittels des Deutschen Drogerien-Vereins

Lehrling

sucht Oftern
H. Kundt, Sattlermeister.

Lehrling

sucht zu Oftern
M. Otto, Tischlermeister.

Für Bäckeri und Konditorei findet ein
gute Aufnahme. Zu erf. b.
Herrn Gerlachswalla. **Wienner.**

Zur Aufertigung von **Knaben-
Garderobe** und **Näharbeit** jeder Art
empfiehlt sich
Frau Sonntag, Clobigauer Str. 6, 11.

Ältere noch tüchtige Frau sucht bei ein-
zelnen anständigen Herrn
die Wirtschafft zu führen.
Oftern unter M G a. d. Exped. d. Bl. erb.

Geachtet sandere erfindene
Wass- und Reinmachefran
für herrschaftliches Hans. Werdungen
unter K an die Exped. d. Bl.

Verloren

wurde Sonnabend den 8.
abends von Unter-Altenburg
11. Saffnerstr. nach Weiße Mauer schwarzes
Reise-Kleid (Zackform). Finder wird ge-
beten, dasselbe gegen Belohnung abzugeben
Weiße Mauer d. L.

Armenküche.

Die Armenküche ist am 4. Januar in
unserm Vereinshaus, Saffnerstr. 1, wieder
eröffnet worden. Daher richtet der unter-
zeichnete Vorstand des Vaterländischen
Frauenvereins an alle, die ein Herz für
diese Sache haben, wiederum die Bitte, die
wöchentliche Einrichtung durch reichliche
Beiträge an Geld und Naturalien unter-
stützen zu wollen. Auch die kleinste Gabe
wird dankbar entgegengenommen.

Fr. v. Sehr. Fr. Blankenburg,
Fr. Blandt. Fr. Bithorn. Fr. v. Novas.
Fr. v. Eifenhart.
Gräfin d. Haukenville. Fr. v. Fathen.
Fr. Siede. Fr. Siede. Fr. Siede.
Fr. Siede. Fr. Siede. Fr. Siede.
Fr. v. Wangelin. Fr. Werber.
Fr. Winkler. Fr. v. Wolf.

Hierzu eine Beilage.

Zur Einigung der Liberalen.

Es ist mit Freude zu begrüßen, daß nun auch die Freisinnige Volkspartei auf ihrer Zentralvorstandssitzung am letzten Sonntag einmütig beschlossen hat, die Fusion der linksliberalen Parteien mitzumachen. Ihre Wünsche werden ebenfö wenig wie die Anregungen der beiden anderen Parteien eine Schwierigkeit für das Zustandekommen bilden, da ein allgemeines Einverständnis darüber herrscht, daß ein kleiner Einigkeit in der Sache nicht scheitern kann und darf. Die freisinnige Volkspartei hat namentlich als Namen „Deutsche Fortschrittspartei“ vorgeschlagen. Für diese Bezeichnung hatten sich namentlich bei der freisinnigen Vereinigung auch schon vielfache Sympathien kundgegeben. Welcher Name aber schließlich gewählt werden möge — die Hauptsache ist, daß die neue Partei Vertrauen und Begeisterung weckt; in diesem Falle wird sich jeder Name einbürgern. Aus dem Verlauf des Festmahles, an dem auch Vertreter der süddeutschen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung teilnahmen, ist zu entnehmen, daß man allseitig bereit ist, miteinander zu arbeiten und in der neuen Partei an einen freisinnigen Programm festzuhalten und es nach Kräften durchzuführen.

Die freisinnige Volkspartei hat den 5. März als den Termin ihres Parteitag festbestimmt. Wir nehmen an, daß auch die freisinnige Vereinigung ihren Parteitag auf denselben Tag bezuzeln wird und daß dann am folgenden Tage der erste Parteitag der neuen Partei abgehalten werden kann. Es wäre vielleicht gut und zweckmäßig, damit eine große allgemeine Versammlung zu verbinden, in der vor der Menge der Parteigenossen der Freude über das glückliche vollzogene Werk und der Hoffnung auf einen freigeitenden Aufschwung des Liberalismus von berufenen Rednern Ausdruck verliehen werden könnte.

In Schwiebus fand für den Wahlkreis Zölllichau-Krossen ein Kreis-Parteitag statt, der einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der heut in Schwiebus tagende Kreisparteitag des Wahlkreises Zölllichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld spricht seine Genehmigung darüber aus, daß der Zusammenschluß der drei entschiedenen liberalen Parteien zu einer einheitlichen Volkspartei unmittelbar bevorsteht. Angesichts dieses Zusammenschlusses spricht der Kreisparteitag der Parteiteilung der Freisinnigen Vereinigung für die feitherrige entschiedene liberale Föhrung, insbesondere auch für die jahrelange energische Föhrung der Fusion, vor allem aber für das unserem Wahlkreis jederzeit durch Rat und Tat bewiesene Entgegenkommen herzlichsten Dank aus. Der Kreisparteitag ist entschlossen, mit der neuen Partei dieselbe enge Föhrung zu halten wie mit der Freisinnigen Vereinigung, und erwartet von ihr dieselbe rege Föhrung seiner Agitationsarbeit, am endlich den Wahlkreis Schwiebus-Krossen dem entschiedenen Liberalismus zurückzugewinnen.“

Nach dem Parteitag sprach Generalsekretär Weinhausen-Wein in überfüllter Versammlung unter großem Beifall über die politische Lage.

Die Generalversammlung des liberalen Vereins zu Dessau nahm zur Frage der linksliberalen Einigung nach einem Referat des Landtagsabg. Arl eine vom Parteisekretär Müller eingebrachte, vom Landtagsabg. Dr. Sohn ergänzte Entschlieung folgenden Wortlaut einstimmig an:

„Die Generalversammlung des liberalen Vereins „Raifer Friedrich“ zu Dessau begrüßt freudig den Fortgang der Arbeiten an der Einigung der linksliberalen Parteien, sie spricht den Wunsch und die Hoffnung aus, daß die bevorstehenden Parteitage das Werk der Einigung zu einem geblücklichen Ende führen möchten, und dankt insbesondere dem Abgeordneten des Wahlkreises, Herrn Direktor Schraber, für seine opferwillige Mitwirkung an dem wichtigen Werke.“

Zur Frage der liberalen Organisation wurde mitgeteilt, daß die Bildung eines Landesverbandes für Anhalt im Werke ist. Zur anhaltischen Wahlrechtsfrage wurde beschlossen, die Freisinnige Fraktion des anhaltischen Landtags zu eruchen, ihre in der vorjährigen Tagung abgeleiteten Wahlrechtsanträge im diesjährigen Landtag erneut einzubringen.

Deutschland.

(Über die Ausbildung der Referendare im Gerichtsschreiberdienst) hat der Justizminister in einer Verfügung vom 11. d. M. neue Bestimmungen getroffen, die vornehmlich dahin zielen,

der über den Rahmen der Ausbildung hinausgehenden Beschäftigung der Referendare mit der Tätigkeit der Gerichtsschreiber, insbesondere im Sitzungsdienst entgegenzutreten. Die Heranziehung der Referendare zu den Verrichtungen eines Gerichtsschreibers soll lediglich zum Zwecke der Ausbildung, nicht aber aus andern Gründen, insbesondere nicht zur Entlastung der Gerichtsschreiberei erfolgen. Die Referendare sollen daher im allgemeinen nur zu solchen Gerichtsschreiber-Geschäften herangezogen werden, die ihnen als Mittel zur Ausbildung dienen können.

— (Den Widerstand der Bändlerfahrer gegen eine Verfassungsreform in Mecklenburg) beleuchtet gründlich der „Deutsche Bauernbund“ um zum Schluß zu schreiben: „Ohne Rücksicht auf die Zukunft, auf die dauernden Interessen der Partei, auf die Lage im Reich und in den übrigen Bundesstaaten, hält die reaktionär-konfervative Mitterschicht Mecklenburgs die Macht mit einer Zähigkeit fest, die einer besseren Sache würdig wäre. Wo ist da der Freund des Mittelstandes, der Freund des Bauernbundes, der Bund der Landwirte? Deutlicher als durch diese Unfähigkeit, als durch die Verschönerung aller Verschleppungsversuche in der Verfassungsreform, als durch den Widerstand gegen eine gründliche und umfassende preussische Wahlrechtsreform kann wohl der Welt der wahre Charakter des Bundes der Landwirte nicht gezeigt werden.“

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 15. Januar.) Der Reichstag beschäftigte sich am Montag zunächst mit dem vom Zentrum und von den Nationalliberalen eingebrachten Interpellationen über die Pensionsversicherung der Privatbeamten. Die Abg. Sittart (Ztr.) und Dr. Stresemann (Nl.), die diese Interpellationen begründeten, wiesen heute darauf hin, es seien in letzter Zeit Gerüchte aufgetaucht, daß die Regierung ihr schon vor längerer Zeit gegebenes Versprechen, eine Pensionsversicherung der Privatbeamten in die Wege zu leiten, einseitigen nicht eingehalten gewollt sei. Sie unterlegten die Behauptung, die gegen diese Vorlage laut geworden seien, und verlangten von der Regierung eine klare Antwort, ob und wann sie die Vorlage einbringen wolle. Erntsekreterär Dr. v. Hülsen beantwortete die Verheißung der Privatangehörigen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bald erfüllt werden müsse, er erklärte aber weiter, daß die reigistischen Schwierigkeiten der baldigen Einbringung einer Vorlage hinderlich im Wege stehen. Die Vorlage sei deshalb einwetlen zurückgestellt worden. Er werde aber beteuern, daß sobald er dazu in der Lage sei, einen Gesetzentwurf vorzulegen, dies höchst eiligst geschehe. Die fast eine Million angehörig, vermögte das Haus natürlich nicht zu überleben. Selbst der konervative Abg. Dr. Dröschler erklärte es für unverständlich, daß die Regierung nicht den Mund bestie, die Vorlage einzubringen. Noch entscheidendere äußerte sich natürlich der freisinnige Abg. Hermann, der darauf hinwies, daß die Regierung die Vorlage nicht einbringen werde, und erklärte, auch alle übrigen Redner äußerten sich in dem Sinne, daß das Gesetz bald kommen müsse. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Regierung diesem einmütigen Willen des Hauses gegenüber zu verhalten gedenkt. — Dann folgte die Interpellation der Sozialdemokraten über die Entschädigung der arbeitslosen Tabakarbeiter. Abg. Heyer (Soz.) begründete die Interpellation, indem er mit dem Hinweis darauf, daß die Zahl der Unterfertigungsbedürftigen auf etwa 40000 gestiegen sei und daß eine Abhilfe nottue. Reichsgeschäftsekretär Wermuth verwies auf die Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz, deren humane Handhabung eine Befreiung der Vergütigte herbeiführen werde. Er betonte auch, daß die Steuererhöhung aus das Tabakgewerbe besonders nachteilig gewirkt habe und erklärte, der Millionenfonds hierzu teils durch die Zigarettenarbeiter im engeren Sinne des Wortes angute kommen. Der freisinnige Abg. Hermann erklärte sich namens seiner Partei für eine Erhöhung des Fonds bereit. Auch die andern Parteien erklärten sich zu einer eventuellen Erhöhung des Fonds bereit und bewaerten vielfach, daß die Zigarettenarbeiter keine Unterstützung finden sollen. Am Dienstag trugen die Interpellationen über den Mansfelder Streik und die freisinnige Interpellation über die Ausführung des Vereinsgesetzes auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 17. Januar.) Im Abgeordnetenhaus wurde am Montag die Staatsberatung fortgesetzt. An erster Stelle kam für die Freisinnige Volkspartei der Abg. Dr. Wiemer zum Wort. Er knüpfte in seinen Ausführungen, die gesteigerten Beifall auf der Linken auslösten, an die Rede des Zentrumabg. Herold vom Sonnabend an und bezeichnete sie als Familienkänge zur Neuermachung konfessionellen Strettes und Habdres. Er sah in der Heroldischen Rede weiter den Beweis dafür, daß das Zentrum den Sieg, den es bei der Reichsfinanzreform im Reichstag erungen hat, nun für weitere Erfolge in Preußen auszunutzen beabsichtigt sei und noch energischer als bisher in den Kampf um die Wägen eintreten wolle. Der freisinnige Redner behandelte dann die Frage der Schiffahrtsabgaben und trat dabei für billige Wasserfrachten ein. Er erklärte eine Aufbesserung der Löhne der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter für notwendig und verwies dabei auf einen von den Freisinnigen gestellten Antrag; er verlangte auch eine Neuregelung des Beamtenrechts, namentlich eine Fortentwicklung in bezug auf das Wahl- und Petitionsrecht der Beamten. Längere Zeit verweilte er bei der Befreiung der Folgen unerer agrarischen Wirtschaft und Zollpolitik, die ein Steigen der Lebensmittelpreise und damit die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter zur Folge gehabt hat.

Zum eigentlichen Ort übergehend, nahm Dr. Wiemer Veranlassung, sich gegen neue Steuern zur Bedeckung des jetzt vorzunehmenden Defizits zu erklären. Gegen die Festlegung eines Teiles der Eisenbahnentnahmen erhob er aus Gründen des parlamentarischen Bewilligungsbereichs, das dadurch eine Einschränkung erhalte, Bedenken. Mit aller Entschiedenheit sprach er sich auch gegen die Ausdehnung der Föhrerentnahmen auf die uerliche Wagenklasse aus. Er warnte davor, bei der bevorstehenden Vermaltungsreform die Macht der Landräte noch zu vermehren und etwa die Einführung der sogenannten Präsektionsämter zu fördern. Mit Recht wies er dann auf den Unterschied hin, der in der Behandlung der Frage der Wahlrechtsreform in den letzten beiden Parlamenten bestie. Während in der vorigen Kammer von der Wahlreform als einer der wichtigsten Aufgaben gesprochen wurde, wäre in der letzten Kammer diese Reform nur noch als eine ernste Aufgabe bezeichnet. Der Wille des neuen Ministerpräsidenten gegenüber verließ sich der freisinnige Redner abwartend. Er sagte dazu, daß alle persönlichen Lebenswünsche, auch die Anerkennung der Gebahrung und des redlichen Willens der Freisinnigen nach dem Betragen der Freisinnigen Parteien in seine Politik bedinge. Es genn die Freisinnigen mit Herrn v. Bethmann das immerhin einen Fortschritt bedeutende Reichsvereinsgesetz gemacht hätten, so wenig wären sie geneigt, eine Politik zu unterstützen, die mit Konfessionen und Zentrum gemacht werden sollte. Am Schluß seiner Rede wies Dr. Wiemer auf die nahe bevorstehende Entscheidung über die Zusammensetzung des Reichspräsidenten hin und sprach die Hoffnung aus, daß die geeinigten freisinnigen Parteien mit aller Kraft danach streben werden, daß es auch in Preußen besser werde, und daß auch in Preußen der Freiheit und dem Fortschritt eine breite Gasse geöffnet werde. Für die freisinnige Partei sprach der Abg. Febr. v. Zellh. Er ludie Stimmung zu machen für die Zusammensetzung aller bürgerlichen Parteien, deren Vertrag er für einen gleichmäßigen Segen für Landwirtschaft und Industrie ein, wozu in einem gewissen Widerspruch seine Behauptung stand, daß die von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gewollten Schiffahrtsabgaben keine Entschädigung von Handel und Industrie bedeuten. Sodann erklärte er sich fahrt gegen die Politik des Zentrums und namentlich gegen die Rede des Abgeordneten Herold, der er nicht den Zentrum zum Vorwurf, daß für diese Partei „Freiheit der Kirche“ Versäufnis der Kirche bedeute und daß, wenn die Wünsche des Zentrums erfüllt werden sollten, ein Bischof zum Kultusminister ernannt werden müßte. Mit Entschiedenheit erklärte er, daß seine Parteifreunde die Herrschaft der Kirche über die Schule stets zu verhindern beabsichtigt sein müßten. Er erwiderte dann eingehend die gegen die Veraltungsreform. Zur Wahlreform verließ sich Herr v. Zellh abwartend. Er erklärte aber, daß seine Parteifreunde sich durch die Demonstrationspolitik der Sozialdemokratie nicht einschüchtern lassen würden. Der Finanzminister Febr. v. von Helldorfen erwiderte darauf, daß er auf die Ausführungen des Vorredners zur Veraltungsreform nicht eingehen könne, da hier nur als Referentminister sprechen dürfe. Das vor ein deutlicher Hinweis auf die Forderung des Herrn v. Pappeheim, daß es notwendig sei, dem Ministerpräsidenten einen Stellvertreter zur Seite zu geben. Man geht wohl nicht hin, wenn man annimmt, daß Herr v. Helldorfen selbst Schuldigt nach dieser Stellvertretung hat. Weiter ging der Finanzminister auf die Behauptung ein, daß namentlich Hochrentbedürftige für Entlohnung zu niedrig befähigt werden, er behauptete, daß alle in der Presse veröffentlichten Fälle dieser Art unrichtig seien. Der sozialdemokratische Abg. Strösch, der letzte Redner, übte eine sehr abfällige Kritik an der geplanten Verwaltung Preußens, er erklärte aber, daß die Sozialdemokraten geneigt seien, in der Frage der Wahlreform mit den Freisinnigen zusammenzugehen. — Im Dienstag wurde der Bericht vortgeführt. An erster Stelle wurde voranschließlich der freisinnige Abg. Bachmiste sprechen.

Provinz und Umgegend.

† Heiligen, 17. Jan. Ein schweres Bauunglück ereignete sich auf Grube Grotz 2 bei Bröddig. Dort waren fünfzehn Arbeiter des Zimmermeisters Kreise in Reich beschäftigt, einen eisernen Schornstein aufzurichten. Sie hatten schon zwei Rohre vernietet und das dritte Rohr aufgestellt, aber noch nicht festgeschraubt, als plötzlich ein heftiger Delan einwirkte. Jedenfalls haben die Leute auf dem Gerüst die Gefährdungswort verloren und die Taue, an denen sie das Rohr hielten, losgelassen. Das Rohr kippte um und riß das Baugerüst mit sich in die Tiefe. Während die weiter unten auf dem Gerüst stehenden Arbeiter unverletzt abpringen konnten, stürzten sechs mit dem Gerüst ab. Der 20jährige Krämer aus Rasberg wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf im Zeiger Krankenhaus starb. Die fünf übrigen wurden leichter verletzt.

† Fergau, 17. Jan. Der Kanonier Düngefeld hatte sich vorzeiten abend gegen 7 Uhr aus der Kaserne entfernt und war gestern morgen noch nicht zurückgekehrt. Bei der Suche nach ihm wurde er im Glacé erhängt aufgefunden. Dienstliche Beweggründe zur Zeit scheinen nicht vorzuliegen, denn Düngefeld war bei Vorgesetzten und Kameraden beliebt und hatte wegen seiner Zuverlässigkeit den Vertrauensposten der Beschlagshilfe seiner Batterie erhalten.

† Kronach, 17. Jan. Ein schweres Verbrechen wird aus Schmölz berichtet. Dort wurde die 21jährige ledige Dienstmagd Elsa Bauer im Anwesen der Hausherrin Popp erhängt aufgefunden. Wie die Obduktion der Leiche ergeben hat, ist das Mädchen, das sich in gelegneten Umständen befand, anscheinend erschlagen und alsdann aufgehängt

Anmeldungen auf die am 20. d. M. zur Zeichnung gelangenden

Neunzehn Millionen Mark

4 % Preussische Zentral- Bodenkredit- Pfandbriefe von 1909, Rückzahlung bis 1919 ausgeschlossen, zum Kurse von 100,50 Prozent nehme ich zur provisionsfreien Ausführung entgegen
Friedrich Schultze, Bankgeschäft.



MESSMER'S
AUSGEWÄHLTE FEINE
THEE-
SORTEN
100g Pakete Q55 Mk - 140 Mk
C. L. Zimmermann, Burgstraße 15.



Künstliche Zähne, Plomben etc.
Umarbeitung schlechtester Gebisse.
Zahnziehen fast schmerzlos. — Mässige Preise.
Willy Muder, Merseburg, Markt 19.
Gegenüber dem Bankeller.
Iud. Hubert Totzke.

Achtung!



Durch große Abflüsse bin ich in der Lage, in
Emaille-Waren
von heute ab außerordentlich billige Preise zu berechnen, was ich meiner werten Kundschaft hierdurch mitteile.
Emaille-Spezialwaren, Geschäft Hugo Becher,
Schmalestraße und Ecke an der Geisel.
Mitglied des Rabatt-Verbands.

JOHANNISBAD Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven- und Frauenleiden, Stoffwechsel und Erkältungskrankheiten, Influenza, Gute Heilerfolge durch Moor-, russ.-röm. Bäder, Heissluft, Schwitz- u. Kurbäder, Vortugl. Massage, Bestrahlungen etc. Modern eingerichtet, staatlich geprüfte Bedienung. Mässige Preise. **MERSEBURG, Johannisstr. 10.**

Zur Anfertigung von Stiefel- und Schuhwaren
in vorzüglicher, solider, preiswerter Ausführung, besonders für abnorme und lebende Füße, speziell für Plattfüße. Reparaturen aller Art, auch Gummischuhe sauber, dauerhaft und schnell.
Filzsandalen
einzig sicherer Schutz bei Glattis.
Alleinverfertiger bringt sich in empfehlende Erinnerung.
Franz Steiner, Schuhmachermeister,
Unteraltenburg Nr. 1.

Grosser Ausverkauf von Schuhwaren
wegen Geschäfts-Auflösung
zu herabgesetzt billigen Preisen.
Gummischuhe und Filzwaren billigst.
Einen archeren Hosten
Ballschuhe, Mädchen- und Kinderschuhe
verkaufe um damit zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise.
H. Liebe, Entenplan 4.
Von Freitag den 21. d. M. empfehle ich einen grossen Transport pa.
Belgische Arbeitspferde
zu soliden Preisen.
Chr. Körber.
Halle a. S., Dorotheenstr. 7. Tel. 1195.

Mitgeteilt von der **Berliner Kursbericht.** Zweigniederlassung Merseburg, 15. Februar 1910

Deutsche Fonds.		Ausländische Fonds.	
Titel	Kurs	Titel	Kurs
Reichs-Sch.-Anw. fg. 1. 4. 12	4 100,70 B	Argentinien u. 97	4 91,75 G
do. do. 1. 7. 12	4 100,70 G	Österreich. Anl. von 1908	4 92,50 B
Deutsche Reichs-Anl.	4 102,50 bzG	Chines. Anl. von 1908	5 102,50 B
do. do.	3 94,30 bzG	do. von 1908	4 90,30 bzG
do. do.	3 85,20 bzG	Griechisch 5% 1881	1,75 49,30 bzG
Dtsch. Schugges.-Anl.	4 101,40 bzG	do. von 1908	1,75 47,83 bzG
Preuss. Staats-Anl.	4 101,50 bzG	Japan. Anleihe II	4 97,30 bzG
do. do.	3 94,00 bzG	do. von 1905	4 91,25 bzG
do. do.	3 84,10 B	Italien. Rente fono	5 102,75 eB
do. do. Schogamp. fg. 1. 7. 12	4 100,75 bzG	Italien. Rente fono	4 98,90 G
do. do. 1. 4. 13	4 100,90 G	do. Goldr.	4 100,10 bzG
Badische St.-Anl. unt. 100.09	4 102, — bzG	Russl. von 1908	5 102,20 bzG
do. Eisen-Anl. u.	3 102, —	do. von 1890	4 95,25 bzG
do. v. 1902, 04 u. 07	3 102, — B	do. von 1905	4 90,90 B
Bayer. Staats-Anl.	3 93,50 G	Russl. v. 1905 unt. bis 1917	4 91,40 bzG
do. do.	3 93,50 G	do. v. 1902 unt. bis 1915	4 91,40 bzG
Braunschw. 20 R Lose	ead 224, — bzG	Sao Paulo 6% 1908	ead 184, — eB
Bremer Anl. von 1908	4 101,70 bzG	Ung. Gold-R.	4 95,90 G
do. von 1905	3 101,90 bzG	Stammlische Staats-Anl.	4 96,75 bzG
Qamb. v. 08 unt. 100. 5. 13	4 101,90 G	Ausl. d. St. d. Anl.	
do. St.-Anl. v. 87, 91, 93, 99	3 94,40 G	Batavia von 98	4 98, — bzG
Gefällige St.-Anl. v. 1908	4 101,40 bzG	Buenos Aires von 88	4 103,40 G
Wilhelms St.-Anl. v. 1906	3 101,40 bzG	do. von 91	4 103,40 G
do. v. 1899	3 92,60 bzG	Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.	
Wein. 7 fl. Lose	3 92,60 G	Baltimore and Ohio	6 116,70 B
Rheinpr. Anl. 20, 21, 31, 32	4 101,50 bzG	Canad. Pacific	7 180, — bzG
do. 3-7, 10, 12-17, 24-27, 29	3 92,60 bzG	Österreichische Südbahn	0 23,90 B
Sächs. Staats-Rente	3 85,10 bzG	Ausl. d. Eisenbahn-Prioritäten.	
Weimar. Land-Gr.-R.	4 100,60 G	Italien. Eisenbahn	2 72,90 G
do. do.	3 93,00 G	do. Mittelmeers. (Gold)	4 91,10 B
West-Pr. IV V unt. 15. 13	3 92,75 G	Russl. Anl. (gar.)	4 66,80 G
do. IV R. 8-10 unt. 5. 15	3 92,75 G	Macdonalds (gar.)	4 91,10 B
Rheinprovinz-Anleihe	3 95,75 G	Moskau-Perm.-Rps.	4 87,90 G
		Russl.-Altai von 1898 (a)	4 87,90 G
		Russl. (gar.)	4 87,90 G
		Wladikavkas (a)	4 88,70 B
		Bank-Affien.	
		Berliner Handels-Gesellsch.	9 183,20 bzG
		Deutsche Bank	12 252,75 bzG
		Dresdner Bank	7 164, — bzG
		Mitteldeutsche Privat-Bank	7 126, — bzG
		Reichs-Bank	7 150,80 bzG
		Schaffh. Bankverein	7 145,25 bzG
		Affien v. industriellen u. Bergwerks-Ges.	
		Allgen. Elektrizitäts-Ges.	12 259,50 eB
		Ammerländer Papierf.	12 250, — bzG
		Anglo-Sächs. Bank	4 139,80 B
		Chemische Fabrik Budau	12 205,50 bzG
		Dortm. un.-u.-M.-G. abg.	9 94,10 B
		do. v. 1908	5 99,75 bzG
		Gieseler, Cement	9 132,25 G
		Halle'sche Maschinenf.	26 406, — bzG
		Hamb.-Amerik. Paketfahrt	0 134,75 bzG
		Harpener Bergbau	0 134,75 bzG
		Hirschb. Zucker-Fabrik	10 175,25 bzG
		Kauehütte	4 199,60 B
		Norddeutscher Lloyd	0 102,70 B
		Oberst. Eisen-Ind.	1 115,75 B
		Oppener Portl.-Cement	10 148,75 G
		Orestein & Koppel	15 215,80 G
		Rheinl. Bergw.-M.	9 210, — bzG
		Riesener Montanwerke	12 210, — bzG
		Sächs. Zing. Brauntöhl	5 101,50 G
		Schönebeck. Metallf.	0 75,50 G
		Siemens & Halske	11 242,10 B

Mitteldeutsche Privat-Bank
Aktien-Gesellschaft
Zweigniederlassung Merseburg.
Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung, An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen, Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen, Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks, Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslösung, Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern, Annahme von Paketen, Kisten u. dergl. als verschlossene Depots unter gesetzmässiger Haftung der Bank.
Vermittlung von Schrankfächern in reu- und diebessicherer Tresoranlage.

verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von F. R. S. Merseburg.



Correspondent.

Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf. ...

Wöchentliche Gratisbelegungen: 5seitig. Illustr. Anzeigenbelegungen ...

Anzeigenpreis: Bis 10 Zeilen, 100 Wörter ...

Nr. 15. Mittwoch den 19. Januar 1910. 36. Jahrg.

Der neue französische Zolltarif

erregt in den Kreisen der deutschen Industriellen immer mehr Entrüstung, femer von seinen Einzelheiten bekannt wird. Es zeigt sich, daß nahezu sämtlich für den Export nach Frankreich in Betracht kommenden Erzeugnisse mit wesentlich höheren Eingangszöllen belegt werden sollen.

Das genannte Nürnberger Blatt weist darauf hin, daß es der deutschen Regierung keineswegs an Mitteln fehle, auf eine solche Herausforderung in geeigneter Weise zu antworten. Es werde geeignetenfalls nicht schwer sein, den neuen französischen Kampfschritten mit entsprechenden Erhöhungen der Einfuhr auf französische Produkte zu begegnen.

Unverständlicherweise wird der Protest, der aus der Mitte der deutschen Spielwarenindustrie gegen die übermäßig hohen Zölle des französischen autonomen Zolltarifs eingeleitet worden ist, weder in den Deputiertenkammern Frankreichs, noch am Canal d'Orsay so aufgefaßt, wie die Situation es verlangt.

Color checker CLASSIC chart with color patches and text: xrite color checker CLASSIC

Das Material über die im neuen französischen Zolltarif vorgesehenen Zollerhöhungen (besonders auf Spielwaren, Metallwaren usw.), das dem Hansa-Bunde aus den Kreisen seiner Mitglieder und der ihm angeschlossenen Verbände zugegangen ist, ist in einer Denkschrift den amtlichen Stellen übergeben worden.

Zum Fall Haß

bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ in ihrer Abendnummer vom Sonnabend endlich genauere amtliche Aufklärungen. Das Material und die von dem offiziellen Blatt dazu gemachten Bemerkungen füllen nicht weniger als 2 1/2 Spalten des Blattes. Die „Freis. Ztg.“ bemerkt gegenüber dem Vorwurf der „Nordb. Allg. Ztg.“, daß die Kampagne im Falle Haß zum Schaden des auswärtigen Dienstes und zum Nachteil des deutschen Ansehens im Auslande unternommen und trotz der früheren Erklärungen des Blattes „leichtfertig“ fortgesetzt worden sei, — daß von Leichtfertigkeit absolut keine Rede sein kann.

Wie wir den Mitteilungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ entnehmen, hat bei den Veröffentlichungen der „Tagl. Rundschau“ im Falle Haß der Schriftsteller Adolf Stein seine Hand im Spiele. Mit aller Bestimmtheit wird zunächst festgestellt, daß die eingeleitete und sorgfältigste Untersuchung, die sich auf die Amtsführung aller von Haß beschuldigten Beamten des diplomatischen Dienstes erstreckt hat, nicht den geringsten Schatten auf diesen Beamten läßt. Insbesondere haben sich die deutschen diplomatischen Vertreter in Caracas ebenso wie alle anderen beteiligten Beamten mit außerordentlichem Eifer und in den zahlreichen Beschwerden und Eingaben des Herrn Haß befaßt. Sie haben ihn bei seinen ewigen Beschwerden, wo diplomatisches Eingreifen möglich war, unterstützt, haben ihn immer wieder zu einer vernünftigen Behandlung seiner Angelegenheiten zu bringen gesucht und sind der schwerigen Aufgabe, mit diesem vielleicht schon damals geistig nicht mehr ganz gefunden Manne zu verhandeln, gewissenhaft gerecht geworden.

Als dann Haß nach Deutschland kam, richtete er eine 75 eng geschriebene Seiten starke Eingabe an das Auswärtige Amt, die einen höchst verworrenen Charakter trug. Herrn Haß nahestehende Personen scheinen dies auch erkannt zu haben. Jedenfalls wurde von einer solchen Seite bald danach an das Auswärtige Amt die Bitte gerichtet, die Sache zunächst — bis zur Anfertigung einer klaren Darstellung — ruhen zu lassen.

Am 12. Juli 1907, nach mehr als halbjähriger Arbeit, hat Herr Haß dann seine Eingabe mit dem Gesuchen um Vorladung ans Auswärtige Amt gesandt. Die von ihm eingereichten Schriftstücke wurden der größeren Handlichkeit wegen zu einem Bande zusammengebunden. Von ihrem Umfang mag es einen Begriff geben, daß dieser Band etwa eine Handbreit dick ist. Die Eingaben sind durchweg in enger Maschinenschrift auf dünnem Papier geschrieben. Darauf ist am 29. deselben Monats der Hamburger Senat ersucht worden, Herrn Haß zu eröffnen, daß es bis auf weiteres einer mündlichen Erläuterung seiner

Eingabe im Auswärtigen Amt nicht bedürfe. Herr Haß war aber unterdessen nach Berlin verzogen, um dem Auswärtigen Amt näher zu sein. Er sprach hier am 3. August vor und wurde von einem Herrn des Amtes in demselben Sinne mündlich beschieden. Danach ist die zweite Version der „Tagl. Rundschau“ zu beurteilen, wonach die Bitte des Herrn Haß 1907 um persönliche Vorladung ein Jahr lang nicht beantwortet wurde.

Nebenher sei noch die Verdächtigung richtig gestellt, daß die Ministerpräsidentur 1906 ein für Haß günstiges Gutachten zurückgehalten habe. Dies sogen. Gutachten erlitterte 1906 überhaupt noch nicht; es stammt vom 26. März 1908, ist Ende März an die Ministerpräsidentur gelangt und enthält nur Notizen und Daten ohne gutachtlichen Wert. Das richtige Datum und der Inhalt des sogen. Gutachtens ist der „Tagl. Rundschau“, wie sich aus einer späteren Nummer ergibt, bekannt geworden, ohne daß sie es für nötig gehalten hat, ihre frühere Verdächtigung auch nur mit einem Wort richtig zu stellen.

Im Auswärtigen Amt wurde sofort in die Prüfung jener Eingabe eingetreten. Die erste, sehr eingehende Durchsicht der Eingabe wurde am 30. September 1907 abgeschlossen. Dne auf die Einzelheiten noch weiter einzugehen, sei nur bemerkt, daß Haß 200 Beschwerdepunkte, sorgfältig nummeriert, vorbrachte, und so ziemlich gegen alle Beamte Venezuelas, vom Präsidenten bis zum Gerichtsschreiber, Einsprüche forderte.

Auch beanpruchte er eine Sühnerklärung der Venezolanischen Regierung, statt deren er auch 100 000 Bolivares als Genugtuung annehmen wollte. Ebenso verlangte er Schadenersatz dafür, daß er infolge der Beschäftigung mit der Verfolgung seiner Rechtsirrtümlichkeiten seine Hacienda nicht bewirtschaften konnte. Diesen Schäden besitzert er auf jährlich 120 000 Mark. Nur ein paar greifbare Details waren in diesem Wust zu entdecken. Außerdem brachte Haß Beschwerden über unsere Diplomaten vor. Noch vor Ende des Jahres ging ein eingehend begründeter Erlaß nach Caracas mit der Bitte um baldige Aufklärung. Am gleichen Tage, 24. Dezember, wurde Haß benachrichtigt, daß es weiterer Aufklärungen vorerst nicht bedürfe, dagegen sich die Notwendigkeit ergeben habe, zunächst eine Anzeigung aus Caracas einzufordern. Es waren dort umfangreiche Ermittlungen anzustellen, die erhebliche Zeit beanspruchten. Ein vorläufiger Bericht kam hier am 18. Juli 1908 an, wovon Haß nach wenigen Tagen benachrichtigt wurde. Am 18. August folgte ein weiterer Bericht mit sehr eingehenden juristischen Darlegungen.

Nunmehr begann am 28. Juli Herr Adolf Stein sich in die Sache zu mischen. Ein einzelner wird weiter mitgeteilt, wie Haß stets prompt schriftliche Antwort auf seine Eingaben vom Auswärtigen Amt erhielt. Er lehnte aber seine Vermählungen fort, eine persönliche Vernehmung durchzuführen, von der man sich, so schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“, wenn überhaupt, so jedenfalls nicht in dem damaligen Stadium der Angelegenheit irgendwelche Förderung verschaffen konnte. Auch Herr Adolf Stein wirkte im Sinne einer persönlichen Vernehmung von Haß. Im Laufe der Sommermonate 1909 kam dann das Material über die noch zu prüfenden Beschwerden gegen die Beamten der Ministerpräsidentur soweit zusammen, daß endlich die protokolllarische Vernehmung des Herrn Haß vorbereitet werden konnte. Am 26. August ging an Herrn Haß eine entsprechende Mitteilung ab. Da, am 28. August, also wohlgerne nach Abendung dieses Briefes, erhielt das Auswärtige Amt von einem an das Polizeipräsidium gelangten Schriftstück vom 21. Juli Kenntnis, das die schwersten Verleumdungen des Amtes enthielt und zur Aufklärung der Frage nötigte, ob Haß staatsverfallbar oder unzurechnungsfähig sei. Der Vorwurf der „Tagl. Rundschau“, daß das Auswärtige Amt noch 5 Wochen nach Kenntnis dieses Schreibens von der Verhandlungsfähigkeit des Herrn